

Haushaltsrede von Holger Poczka im Gemeinderat am Mittwoch, den 21.01.2009

Die Fraktion der ÖDP/Bürgerforum, für die ich hier spreche, hat versucht einen Weg durch die heraufziehende Finanzkrise zu finden. Wichtig ist für uns die Unterscheidung zwischen nachhaltigen und für die Gemeinde notwendigen Zukunftsprojekten und einem ich nenn das bewusst etwas polemisch „Ich wünsch mir was“ Paket. Für uns läuft die Grenze zwischen notwendiger Einsparung und sinnvollen Investitionen dort, wo wir meinen, dass es Investitionen sind, die sowieso gemacht werden müssen, um die Probleme, die wir heute schon kennen für die zukünftigen Generationen abzufedern. Nachhaltige Investitionen in die Zukunft, können also vorgezogen werden um der Rezession von kommunaler Seite etwas entgegenzusetzen. Dies sind z.B. Investitionen in die Bildung unserer Kinder, in neue Technologien des effizienten, sparsamen und CO2 neutralen Einsatzes von Energie, in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur, etc.

Die Grenze zu einem „Wünsch mir was Paket“ verläuft dort, wo man „Wohlfühl“ Investitionen tätigt, die vielleicht in Zeiten ausgeglichener stabiler Haushalte als sinnvolle Verbesserung eines gegebenen Zustandes erscheinen, aber keine wirklich nachhaltige Notwendigkeit darstellen, da der Grundbedarf bereits gedeckt ist. Die Investitionen müssen vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung in den nächsten Monaten in die Richtung der Projekte verschoben werden, die auf der „Notwendigkeitskala“ ganz oben stehen und wie gesagt im Interesse auch zukünftiger Generationen sowieso angepackt werden müssen. Die Wertschöpfung muss also in die Zukunft reichen und muss Einsparpotentiale für die zukünftigen Generationen eröffnen. Nur so können wir vermeiden, dass die Generationen nach uns nicht durch eine von uns verursachte unsachgemäße Verschuldung durch Projekte, die dem Kriterium der Nachhaltigkeit nicht entsprechen, ihrer Handlungsfähigkeit beraubt werden. Wichtig ist natürlich in diesem Zusammenhang auch, dass gute Haushaltsjahre auch dazu genutzt werden, die Schulden abzutragen.

Man kann sich bei dem Thema Kunstrasenplatz trefflich darüber streiten, ob diese Investition notwendig ist oder nicht. In Zeiten einer sicheren Haushaltslage wie im vergangene Jahr kann man eventuell großzügiger abwägen, ob hier die Kosten/Nutzen Relation stimmt. Doch in krisenhaften Zeiten wie der jetzigen muss die Frage erlaubt sein, ob nicht die Grundversorgung an Fußballplätzen in Murnau bereits gegeben ist. **Wir bejahen dies und fragen, wo sonst sollte eine gewisse Haushaltdisziplin greifen, wenn nicht bei solchen Vorhaben.** Wir haben darum gebeten, das Thema aufzuschieben bis Klarheit über die ökonomische Entwicklung in den nächsten Monaten herrscht. Dies wurde von der Mehrheit aus CSU und SPD abgelehnt. Unser Veto ist kein Veto gegen die Fußballjugend, sondern eine Entscheidung für alle Jugendliche. Letztlich fehlt das Geld

an anderen Stellen, an Stellen, die u. U. ihrer Zukunft mehr Perspektive gebracht hätte als der Fußballplatz. Wir sind in diesem Zusammenhang gespannt, ob dieser Platz dann auch wirklich ein öffentlich zugänglicher Bolzplatz wird, wie von den Sportreferenten zugesichert.

Wir haben in den ersten Sitzungen durch unsere Vorschläge und durch die Vorschläge der Freien die Kreditaufnahme neu von 550.000€ auf 250.000€ reduziert. Dies war leider nur ein Etappensieg. Auch wenn wir im Laufe der Verhandlungen wieder auf eine Neuverschuldung von 550.000€ zurückgefallen sind, da bestimmte Ausgaben neu hinzugekommen sind, wie z.B. die Anträge der SPD und der CSU, ein höheres Betriebskostendefizit des Katholischen Kindergartens oder Arbeitsschutzmaßnahmen in bestimmten Bereichen, ist dies ein Erfolg, weil sonst die avisierte Kreditaufnahme um 250.000€ höher wäre und bei ca. 800.000€ läge.

Da werden Geschenke verteilt, die gar nicht gewollt werden. Es wird gegen den Willen der Verantwortlichen des Schlossmuseums Audioguides für das Schlossmuseum in den Haushalt eingestellt. Nachdem man sich doch den Argumenten, dass eine Einführung von Audioguides zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist, letztlich nicht entziehen konnte, reduziert man den Betrag kurzer Hand von 32500€ auf 10.000€, statt ihn gänzlich zu streichen. Wenn man dann fragt, was denn die 10.000€ sollen, ob man dafür nur ein Drittel an Audioguidesystem kaufen will, dann kann dies keiner beantworten. Ich habe damals den Begriff eines Platzhalterhaushaltes geprägt. Es werden einfach Zahlen auf irgendeiner Haushaltstelle eingestellt um wem auch immer zu signalisieren: seht her, wir setzen uns für das Thema ein. Doch wollen wir nicht jammern. Wenigstens 22500€ konnten wir aus dem Feuer holen für unsere Bürger. Ich sage es noch mal an dieser Stelle: Ein solches System muss von den Verantwortlichen, die es einführen sollen, akzeptiert werden, ansonsten ist es eine Fehlinvestition.

In den ganzen Verhandlungen wurde klar, dass es eine neue Allianz zwischen der SPD und der CSU gibt. Neue Mehrheiten - das ist legitim, so läuft das Spiel – ich sehe das durchaus sportlich. Nur der Bürger sollte wissen, wer z. Zt. die Gestaltungshoheit in der Politik innehat, damit auch die Verantwortlichkeiten klar werden. Ob dies auch dem Wählerwillen der letzten Wahlen gerecht wird, mag letztlich jede Fraktion für sich selbst beurteilen.

Nun zum eigentlichen Thema dieser Haushaltsberatungen:

Wir haben dem Haushalt aus folgenden Gründen nicht zugestimmt:

1. Die Einnahmensituation wird u. E. zu optimistisch angesetzt mit 19,47 Mio €. In 2005 lagen die Einnahmen im Verwaltungshaushalt bei 17,15 Mio €, in 2006 bei 19,07 Mio €, in 2007 bei 20,6Mio €. Bei der herauf-

ziehenden Krise sollten wir uns jedoch eher am Jahr 2005 orientieren in der Einschätzung der Einnahmesituation. Allerdings gebe ich zu, dass eine Abschätzung der Situation zum gegebenen Zeitpunkt sehr sehr schwierig ist.

2. **Die Schulden der Gemeinde werden aus unserer Sicht nicht transparent dargestellt.** Wesentlich hierzu wäre die Darstellung des Treuhandkontos, das treuhänderisch von der MGV verwaltet wird. **Es ist ein Konto, das der Marktgemeinde gehört und deshalb aus unserer Sicht im Kommunalhaushalt dargestellt werden müsste.** Hier müssten die Zuweisungen des Bundes, die Zuweisungen Dritter, Veräußerungserlöse der Grundstücke, Erschließungsbeiträge, Planungskosten, Straßenausbaukosten, Zinsentwicklung etc. aufgelistet werden. **Dem wird trotz wiederholter Aufforderung unsererseits und einem Antrag zum Thema vom 07.09.2008 nicht entsprochen.** Damit bleibt das Geschehen auf dem Treuhandkonto undurchsichtig, für uns ist dies nicht akzeptabel. **Man ist versucht hier von einem Schattenhaushalt zu sprechen.** Die kumulierte Zahlentabelle ist kein Ersatz für eine nach Haushaltstellen gegliederte Darstellung der Geschäftsvorgänge.
3. **Für die sog. Vorbereitungsmaßnahmen im Kimmelgelände wurden zwischen 10/2002 bis Ende 2008 ca. 4,5 Mio € ausgegeben.** Dies sind immerhin 720.000€ pro Jahr und in dieser Summe sind nicht die Kosten für den Grunderwerb, die Bau, die Abriss- oder Erschließungskosten enthalten. Die Fortschreibung für 2009 wurde im Rahmen der Haushaltberatungen nicht behandelt. Das sind enorme Kosten und wir fragen uns, was v. a. die Entwicklungsgesellschaft DSK für ihren nicht unerheblichen Anteil an diesem Geld zu Wege gebracht hat. Wir haben wiederholt gefordert, dass der DSK sofort gekündigt wird. Ein Antrag hierzu erging von uns am 12.09. dieses Jahres. Dies stieß auf Widerstände. Ein Kompromiss hätte eine Kündigung bis Ende 2009 sein können. **Wir halten die gegenwärtige vertragsrechtliche Konstruktion zwischen Gemeinde, MGV und DSK für ineffizient, undurchsichtig und teuer.** Auf der anderen Seite werden von der SPD eigene Sitzungen für das Defizit eines Campingplatzes von 20.000€ beantragt. Auch wichtig, klar. Wie heißt es so schön: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist den Taler nicht wert. Eine grundsätzliche Diskussion zum oben beschriebenen Problem sehen wir jedoch als vorrangig an.
4. Im Vorbericht und im Haushalt wird die eigentliche Verschuldung des Marktes unseres Erachtens nicht in ihrer tatsächlichen Dimension dargestellt. Es wird eine pro Kopfverschuldung ohne Gemeindewerke von 687€ zum 31.12.2008 ausgewiesen. Die tatsächliche Verschuldung per Ende 2008 beträgt aber nach meiner Berechnung mind. 1200€ **ohne Gemeindewerke, aber mit dem Negativsaldo des Treuhandkontos Ende 2007.** Den eigentlichen Negativsaldo per 2008, der eine höhere Verschuldung errechnen ließe, darf ich hier gar nicht sagen, da ich ihn zwar weiß, aber

als Aufsichtsrat der MGV zur Verschwiegenheit verpflichtet bin. Und da haben wir das Dilemma: Eigentlich kann ich meine Ablehnung des Haushaltes gar nicht richtig begründen ohne in eine rechtlich missliche Lage zu kommen, weil ich schon gar nicht mehr unterscheiden kann, was ich sagen darf und was nicht! – obwohl es sich um das Geld unserer Bürger handelt. Die durchschnittliche Verschuldung in Bayern bei kreisangehörigen Gemeinden dieser Größenordnung beträgt nach Vorbericht 648€ per 31.12.2007. Die Pro-Kopf-Verschuldung per Ende 2008 mit den Gemeindegewerken liegt bei ca. 1600€ (auf Basis Treuhandkonto 2007), statt wie im Vorbericht dargestellt bei 1018€. Die Schulden der MGV durch den Gewerbehof sind hier noch gar nicht eingerechnet. Würde man diese noch einbeziehen läge die Pro-Kopf Verschuldung bei ca. 2100€. Ich will dies fiskalisch gar nicht bewerten. **Mir ist klar und ich hoffe, dass dies auch bald eintrifft, dass sich bei Verkäufen von Grundstücken im Kimmelgelände oder bei Eingang gewisser noch ausstehender Zahlungen der Schuldenstand sich auf dem Treuhandkonto schnell reduzieren wird.** Dennoch ist es wichtig, dass der Haushalt und der Vorbericht die tatsächlichen Zahlen wiedergibt, damit klar wird, wo wir eigentlich stehen und jeder die Chance hat, für sich zu entscheiden, wie er zu der finanziellen Lage der Gemeinde steht. Es geht auch **nicht nur** um den Ausgleich der Schulden auf dem Treuhandkonto, sondern auch darum, **die Ausgabenseite und den Anfall von Schuldzinsen zu minimieren, da am Ende der Ertrag nicht durch unnötige Kosten geschmälert werden soll.** Ein optimaler Ertrag eröffnet der Gemeinde neue Möglichkeiten für sinnvolle und nachhaltige Zukunftsinvestitionen. **Auf der Ausgabenseite, und nur sekundär am Schuldenstand, dies will ich ausdrücklich betonen, setzt auch unsere Kritik im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kimmelgeländes an.** Die sog. durchschnittlichen Vorbereitungskosten verursacht durch die MGV und die DSK sind aus unserer Sicht mit ca. 720.000€ jährlich schlichtweg zu hoch.

5. Ich vermisste eine Diskussion über die wichtigen Zukunftsprojekte dieser Gemeinde. Das Gemeindekrankenhaus z.B., eine evtl. Rekommunalisierung des Stromnetzes nach Ende des Konzessionsvertrages (Antrag zum Konzessionsvertrag vom 12.09.2008), oder die Etablierung einer Real- bzw. Regionalschule in Murnau. Zur weiteren Entwicklung des Schulstandortes in Murnau haben wir am 14.01. einen Antrag eingebracht.
6. Dass der Gewerbesteuerhebesatz im Vergleich zu anderen Gemeinden gleicher Größenordnung wie Peißenberg, Peiting, Schongau sehr hoch ist, scheint nur noch Wenige zu interessieren. Es hätte durchaus auch eine Diskussion über die Absenkung geben können, auch eine Form der Standortsicherung für die Zukunft. Verfolgt man die aktuelle Diskussion wird gerade von der CSU eine Absenkung der Steuern gefordert.

Nein meine Damen und Herren – wir konnten aus guten Gründen dem Haushalt nicht zustimmen. **Nicht weil wir die Konjunktur kaputt sparen wollen. Nein es ging uns um mehr Nachhaltigkeit und mehr Haushaltstransparenz.** Wir sind damit vorerst gescheitert, aber ich bin mir sicher, dass wir langfristig diese Ziele durchsetzen werden.